

Was die AfD wirklich von China will

Die AfD fordert Deutschland nicht auf, sich zwischen Washington und Peking zu entscheiden. Sie fordert Deutschland auf, sich für sich selbst zu entscheiden.

10. September 2026 | Ladislav Zemanek

Jahrzehntlang beruhte die deutsche Außenpolitik auf einer einfachen Prämisse: Deutschland gehörte politisch zum Westen, und seine Beziehungen zur übrigen Welt würden weitgehend innerhalb dieses Rahmens gestaltet. Die AfD stellt diese Prämisse infrage.

Ihr Umgang mit China ist eines der deutlichsten Anzeichen dafür. Peking wird nicht als ideologischer Feind behandelt, aber auch nicht unkritisch umarmt. Stattdessen wird China als souveräne Großmacht, als unverzichtbarer Wirtschaftspartner und als einer der Pole einer sich abzeichnenden multipolaren Welt betrachtet.

Aus Sicht der AfD sollte Deutschland mit Peking zusammenarbeiten, wo deutsche Interessen dies erfordern, sich bei Bedarf verteidigen und sich weigern, die China-Politik zu einem verlängerten Arm der amerikanischen Strategie oder der europäischen Ideologienpolitik zu machen.

Für Deutschland und damit auch für Europa könnte dies zu einer wirklich transformativen außenpolitischen Doktrin werden.

Vom vorsichtigen Engagement zum strategischen Realismus

Bereits im außenpolitischen Programm der AfD von 2021 wurde Chinas „Belt and Road“-Initiative als „Jahrhundertprojekt“ bezeichnet und eine aktive Beteiligung Deutschlands gefordert, unter anderem durch den Aufbau ergänzender Verbindungen von West nach Ost. Dahinter stand der Gedanke, dass Deutschland, wenn China bereits die Infrastruktur zur Verbindung Eurasiens aufbaue, davon profitieren und seine Interessen vertreten sollte, anstatt tatenlos zuzusehen und sich darüber zu beschweren.

Bis 2023 hatte sich die Position deutlicher in Richtung Geopolitik verschoben. Als die Bundesregierung ihre China-Strategie veröffentlichte, griff der AfD-Spitzenpolitiker Petr Bystron diese als Versuch an, die amerikanische geopolitische Konfrontation in die deutsche Außenpolitik zu importieren.

Dann folgte die erste parlamentarische Delegation der AfD nach China. Im Juni 2023 reisten Alice Weidel, Peter Felser und Bystron nach Shanghai und Peking. Das Fazit der Delegation war eindeutig: China sei für Deutschland zu wichtig geworden, um weiterhin so zu tun, als sei eine Konfrontation eine tragfähige Strategie. Felser lehnte sowohl das von anderen EU-Vertretern propagierte „De-Risking“ als auch die Entkopplung ab und argumentierte, der deutsche Handel mit China sei einfach zu wichtig, um ihn geopolitischen Modeerscheinungen zu opfern.

Das in Riesa verabschiedete Bundestagswahlprogramm für 2025 bekräftigte diese Ausrichtung. China wird als wichtiger Wirtschaftspartner behandelt, während Deutschland dazu aufgefordert wird, seine eigenen technologischen und sicherheitspolitischen Interessen zu schützen. Die Partei unterstützt weiterhin die Nutzung der mit der „Belt and Road“-Initiative verbundenen Chancen, lehnt jedoch die Vorstellung ab, dass Deutschland ein Land subventionieren sollte, das bereits eine bedeutende Wirtschaftsmacht ist.

Keine moralische Auslandspolitik mehr

Der vielleicht tiefgreifendste Unterschied zwischen der AfD und dem politischen Establishment in Deutschland betrifft gar nicht China. Es geht vielmehr darum, wozu Außenpolitik dient.

Der Ansatz der AfD ist Realpolitik im deutschen Interesse und keine Moralpolitik. Sie befürwortet ausdrücklich die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und lehnt das ab, was sie als anmaßende Belehrungen und destabilisierende Interventionen bezeichnet.

Die AfD lehnt es ab, Menschenrechtskritik zum Leitprinzip der deutsch-chinesischen Beziehungen zu machen. Das bedeutet nicht, dass man so tun muss, als sei jede chinesische Politik bewundernswert. Es bedeutet jedoch, dass man sich weigert, Deutschlands Beziehungen zu einer großen souveränen Macht davon abhängig zu machen, dass Berlin deren innenpolitisches System gutheißt.

Die AfD hat argumentiert, westliche Regierungen sollten aufhören, so zu tun, als hätten sie das Recht, als politische Zuchtmeister der Welt aufzutreten. Für Peking ist dies offensichtlich eine angenehmere Grundlage für die Beziehungen als die moralisierende Sprache der westeuropäischen Mainstream-China-Politik.

Die AfD betrachtet nicht alle politischen Maßnahmen Chinas als über jede Kritik erhaben. Sie hat chinesische Wirtschaftspraktiken, strategische Abhängigkeiten, Technologietransfers und die möglichen Folgen einer übermäßigen staatlichen Kontrolle über die digitale Infrastruktur und die Gesellschaft kritisiert.

Die Position der Partei lautet nicht: „China hat immer Recht.“ Sie lautet: „China ist souverän. Deutschland ist souverän. Lasst uns als souveräne Mächte miteinander umgehen.“

Partnerschaft ohne Abhängigkeit

Die Partei strebt eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China an, warnt Deutschland jedoch gleichzeitig vor einer übermäßigen Abhängigkeit von China.

Felser, der mittlerweile Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentarischen Gruppe im Bundestag ist, hat wiederholt beide Seiten dieser Gleichung betont. Im Februar 2026 bezeichnete er China als „keineswegs unseren Feind“, sondern als „wichtigen Partner“, betonte jedoch gleichzeitig, dass Deutschland seinen „Mittelstand“ schützen und faire Wettbewerbsbedingungen schaffen müsse.

Im März kritisierte er die enorme Abhängigkeit von China bei strategischen Technologien und Rohstoffen und stellte die deutsche Schwäche dem systematischen Streben Chinas nach technologischer Selbstversorgung gegenüber.

Und im Juli warnte Felser vor einem Handelskrieg mit China. Wichtig ist, dass er die Existenz von chinesischem Dumping, „Überkapazitäten“ oder Wettbewerbsverzerrungen nicht leugnete. Sein Argument lautete, dass Zölle kein adäquater Ersatz für Verhandlungen seien.

Im September ging Felser noch einen Schritt weiter: Die strategische Abhängigkeit von China solle nicht durch eine Entkopplung verringert werden, sondern indem Deutschland gestärkt werde – mit niedrigeren Steuern, weniger Bürokratie und günstigeren Energiekosten. China sei nicht das Problem, sondern die Schwäche Deutschlands. Deutschland dürfe nicht von China abhängig werden. Aber es dürfe auch keine wertvollen Beziehungen zerstören, nur um vermeintliche ideologische Reinheit oder geopolitische Loyalität gegenüber einer anderen Macht zu demonstrieren.

Der Weidel-Faktor

Vielleicht verkörpert niemand diesen Ansatz so selbstverständlich wie Alice Weidel. Das Wissen der AfD-Mitvorsitzenden über China stammt nicht ausschließlich aus Hintergrundpapieren. Sie hat in China studiert, spricht Mandarin und verfügt über berufliche Erfahrungen dort. Ihre Vertrautheit mit der chinesischen Wirtschaft ist unter hochrangigen europäischen Politikern ungewöhnlich.

Dieser Hintergrund verschafft der AfD eine hochrangige Politikerin, die China weder als exotische Bedrohung noch als ferne ideologische Abstraktion betrachtet, sondern als ein Land, das sie tatsächlich erlebt hat – eine seltene Eigenschaft bei modernen westeuropäischen Politikern.

Für eine künftige deutsche Regierung könnte diese Art von Vertrautheit von Vorteil sein, denn China wird nicht verschwinden, ebenso wenig wie Deutschlands industrielle Abhängigkeit vom chinesischen Markt. So zu tun, als wäre es anders, wird das Problem nicht verschwinden lassen.

Warum Peking mit der AfD leben kann

Es gibt einen Grund, warum dieser Ansatz in Peking wahrscheinlich besser akzeptiert wird als die derzeit in Berlin und Brüssel vorherrschende Politik. Die AfD fordert nicht, dass China sich westlichen ideologischen Werten bekehrt. Sie macht die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht von einer solchen Bekehrung abhängig. Und sie lehnt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ausdrücklich ab. Gleichzeitig will die AfD etwas, was Peking sehr gut verstehen kann: Gegenseitigkeit und den Schutz nationaler Interessen.

Deutsche Unternehmen sollten Zugang zu chinesischen Märkten haben. Deutsches geistiges Eigentum sollte geschützt werden. Deutsche strategische Industrien sollten in deutscher Hand bleiben. Chinesische Unternehmen sollten fair konkurrieren. Die deutsche Abhängigkeit von kritischen chinesischen Vorleistungen sollte verringert werden. Das ist die Art von Politik im nationalen Interesse, die Peking verstehen und mit der es arbeiten kann.

Länder müssen sich nicht in allem einig sein, um eine produktive Beziehung zu pflegen. Sie müssen die Interessen und Grenzen des jeweils anderen verstehen. Der Ansatz der AfD basiert genau auf dieser Prämisse.

Das größere Bild

Doch China ist nur ein Teil des Puzzles. Die eigentliche außenpolitische Innovation der AfD ist ihr echtes Bekenntnis zur Multipolarität. China zeigt aus Sicht der AfD, dass ein großer souveräner

Staat eine unabhängige Industriestrategie verfolgen, seine eigenen Interessen verteidigen, westliche politische Auflagen ablehnen und seinen zivilisatorischen Geist wiederbeleben kann.

Russland stellt einen weiteren Pol dar. Die USA bleiben unverzichtbar, doch das Verhältnis der AfD zu Donald Trump und den amerikanischen Konservativen zeigt, dass Freundschaft mit Washington nicht automatisch Gehorsam gegenüber jeder strategischen Präferenz der USA bedeuten muss.

Das ist der entscheidende Unterschied. Die AfD kann den Republikanern um Trump nahe stehen und gleichzeitig die Vorstellung ablehnen, dass Deutschland China konfrontieren sollte, nur weil jemand in Washington dies wünscht. Sie kann sich für bessere Beziehungen zu Russland einsetzen und gleichzeitig auf deutschen Interessen bestehen. Sie kann mit China kooperieren, ohne zu wollen, dass Deutschland von Peking abhängig wird.

Das Prinzip ist überall dasselbe: Deutschland sollte Freunde, Partner und Bündnisse haben. Aber Deutschland sollte auch eine eigene Außenpolitik verfolgen.

Deutschlands Entscheidung ist Europas Entscheidung

Es steht mehr auf dem Spiel als die AfD selbst. Deutschland ist das wirtschaftliche Zentrum der EU. Sollte Berlin seine Haltung gegenüber China ändern, würden die Folgen nicht an der deutschen Grenze Halt machen.

Ein Deutschland, das gleichzeitig pragmatische Beziehungen zu Peking, Moskau und Washington pflegt, würde die strategischen Annahmen in Frage stellen, die Europa seit Jahrzehnten bestimmen.

Ein Deutschland, das eine automatische wirtschaftliche Entkopplung von China ablehnt, könnte Europa dazu zwingen, zu überdenken, ob eine Konfrontation wirklich in seinem wirtschaftlichen Interesse liegt.

Ein Deutschland, das nationale Souveränität und Multipolarität in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik stellt, könnte das Gleichgewicht zwischen Berlin, Brüssel und Washington grundlegend verändern.

Bei der Politik der AfD geht es nicht darum, China gegenüber Amerika den Vorzug zu geben. Es geht darum, die Vorstellung abzulehnen, dass Deutschland sich überhaupt entscheiden muss. Das ist keine zaghafte oder zweideutige Haltung – im Gegenteil, sie ist unverhohlen national, realistisch und multipolar.

Und sollte die AfD irgendwann in Deutschland regieren, könnte sich dies als eine der folgenreichsten politischen Veränderungen erweisen, die Europa seit Generationen erlebt hat. Ein souveränes Deutschland, das mit China zu seinen eigenen Bedingungen umgeht, könnte der Beginn eines Europas sein, das die Welt endlich so versteht, wie sie ist – und nicht so, wie sie nach den Wünschen der liberalen Utopisten hätte bleiben sollen.